

# Afd

POTSDAM



# HEIMMAT PROGRAMM

# Inhaltsverzeichnis

1. Verkehr in Potsdam. Flüssig, sicher und bequem durch Potsdam S. 1 - 4
2. Gläserne Verwaltung statt gläserner Bürger! S. 5 - 7
3. Politische Steuerung von Beteiligungsunternehmen umsetzen! S. 8 - 10
4. Wohnen. Die Mischung macht's! S. 11 - 13
5. Potsdam und sein ländlicher Raum. *Schützenswert. Erhaltenswert. Lebenswert.* S. 14 - 16
6. Gedenken & Erinnern. Gegen die Einseitigkeit! S. 17 - 19
7. Kultur in Potsdam. Unabhängig & ideologiefrei. S. 20 - 22
8. Freie Wirtschaft in einer digitalen Stadt. S. 23 - 25
9. Bildung und Sport. Heute die Schulen von morgen machen. S. 26 - 28
10. Soziales und Senioren. Für eine würdevolles Altern. S. 29 - 31
11. Potsdam und seine Finanzen. Transparent und bürgernah S. 32 - 34
12. Sicherheit und Asylbewerber S. 35 - 37
13. Naturschutz statt „Klimaschutz“ S. 38 - 40



## KAPITEL 1

***Verkehr.  
Flüssig, sicher und  
bequem durch Potsdam.***

# 1. Verkehr.

## Flüssig, sicher und bequem durch Potsdam.

*Potsdam gehört zu einer der am schnellsten wachsenden Städte Ostdeutschlands und wird in wenigen Jahren die Marke von 200.000 Einwohner überschreiten. Die Auswirkungen bekommt jeder Potsdamer täglich zu spüren: überfüllte Busse & Straßenbahnen, Baustellen, Dauerstau und der tägliche Konkurrenzkampf der Verkehrsteilnehmer.*

*Doch gerade die Verkehrsprobleme werden sich in den kommenden Jahren weiter verstärken - und dies liegt nicht allein am Wachstum, sondern an einer jahrelangen Fehlplanung und bewussten Ausgrenzung des Autos aus den stadt eigenen Planungen.*

*Jenes gilt SPD, LINKE und Grüne als Schädling. Aber Potsdam muss autofreundlicher werden, wenn wir die Verkehrsprobleme der Zukunft meistern wollen. Denn zu einer vernünftigen Verkehrsplanung gehört die Förderung aller Teilnehmer im Straßenverkehr, um einen effizienten Verkehrsfluss gewährleisten zu können.*

*Die AfD setzt sich für die individuelle Freiheit eines jeden Einzelnen und seiner Fortbewegungspräferenzen ein und lehnt restriktive Maßnahmen gegenüber einzelner Fortbewegungsmittel konsequent ab.*



# Wir wollen...

## **...Verkehrsmix und individuelle Freiheit!**

Nicht jeder ist gesundheitlich privilegiert oder hat den Arbeitsplatz in Wohnortnähe, um mit dem Fahrrad oder dem ÖPNV seinen täglichen Weg bestreiten zu können. Deshalb muss eine vernünftige Verkehrsplanung alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigen - auch das Auto. Die AfD Potsdam setzt sich für die individuelle Freiheit des Einzelnen in der Wahl seines Fortbewegungsmittels ein.

## **...eine gemeinsame Planung mit den Umlandgemeinden!**

Die Einbeziehung der Umlandgemeinden ist unabdingbar für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung und muss deshalb konsequent angegangen werden. Hierzu bedarf es eines regelmäßigen runden Tisches der Umlandgemeinden und Potsdams.

## **Autoverkehr:**

### **...schnellere Straßensanierungen und Abbau des Sanierungsstaus im Straßennetz!**

Aktuell sind 80% der Potsdamer Straßen sanierungsbedürftig. Um diese instand zu setzen, sind ca. 122 Mio. € notwendig. Potsdam braucht einen Straßenentwicklungsplan und muss jährlich weitaus mehr in sein Straßennetz investieren.

### **...eine Innenstadt der kurzen Fahrwege!**

59% des Verkehrs durch Potsdam sind Pendlerverkehre. Durch immer mehr neue Einbahnstraßen und 30er Zonen wird Potsdams Innenstadt zur Stadt der langen Fahrtwege. Und somit erhöht sich auch der Umweltbelastung. Hier muss dringend ein Umdenken stattfinden.

### **...ein digitales Verkehrsleitsystem!**

Um Verkehrsströme optimal leiten zu können, sind digitale Verkehrssysteme ein wichtiger Bestandteil vorausschauender Verkehrsplanungen. Potsdam hat hier starken Nachholbedarf.

## **...mehr grüne Wellen!**

Grüne Wellen optimieren den Verkehrsfluss und senken die Abgasbelastung durch Verminderungen von Anfahr- und Bremsvorgängen, weswegen sie für eine Stadt wie Potsdam prädestiniert sind.

## **...keine Einengung der Zeppelinstraße!**

Die Einengung der Zeppelinstraße aufgrund ideologischer Vorbehalte lehnen wir ab.

## **...die Abschaffung der Pfortnerampeln!**

Pfortnerampeln hemmen den Verkehrsfluss und verschieben lediglich die Punkte der Emissionsbelastung.

## **...die Havelspange & die Westtangente!**

Die Havelspange und die Westtangente verbinden die Bundesstraßen B1, B2, B273 sowie die Landstraße L40 (Schnellstraße) und sind an 6 Stellen an das vorhandene Straßennetz angebunden. Dadurch würden sich, laut Experten, ca. 30% des Innenstadtverkehrs reduzieren lassen. Potsdam braucht einen dritten Havelübergang, um den Autoverkehr der Zukunft abwickeln und Pendler außerhalb der Stadt halten zu können.

## **...keine Dieselfahrverbote!**

Die AfD Potsdam wird sich dafür einsetzen, dass Dieselfahrer auch in Zukunft durch Potsdam fahren können.

## **...die Senkung der Parkgebühren im Stadtgebiet!**

Die Erhebung von Parkgebühren ist aus stadt- und verkehrsplanerischer Sicht durchaus sinnvoll, jedoch immer in einem sozial verträglichen Maß. Die Parkgebühren, vor allem im Innenstadtbereich, haben in den letzten Jahren ein unverhältnismäßiges Niveau erreicht.

# Wir wollen...

## **ÖPNV:**

### ***...den Ausbau des ÖPNV!***

Ein moderner öffentlicher Nahverkehr muss nicht nur ausreichend finanziert, sondern er muss an die Erfordernisse einer wachsenden Stadt angepasst sein. Außerdem müssen die Zeichen der Zeit erkannt und selbstständig fahrende Bahn- und Bussysteme in der Praxis umgesetzt werden.

### ***...bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr!***

Öffentlicher Nahverkehr muss für jedermann finanzierbar sein, wenn er auf diesen angewiesen ist. So sind Überlegungen für ein 365€-Ticket und eine stärkere Reduzierung der Dauerkartenpreise für Schüler, Azubis und Senioren anzuvisieren.

### ***...autonome Fahrsysteme für einen zukunftsfähigen ÖPNV!***

Um den zukünftigen Entwicklungen einer alternden Gesellschaft und dem damit einhergehenden Fachkräftemangel Rechnung zu tragen, sind selbstfahrende Straßenbahnen und Busse eine notwendige Investition für einen zukunftsfähigen ÖPNV. Auch heute fallen immer wieder Busse und Bahnen aufgrund Personalmangels aus und belasten somit den Potsdamer Stadtverkehr.

### ***...die Rückkehr zum 6-Stationen-Kurzstreckenticket!***

Die Reduzierung der Kurzstrecke von 6 auf 4 Stationen bedeutet eine Qualitätsminderung sowie Verteuerung des Potsdamer ÖPNV, welche korrigiert werden muss.

### ***...den Potsdamer Hauptbahnhof wieder an das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn anschließen!***

Für eine Landeshauptstadt wie Potsdam ist es ein nicht hinzunehmender Zustand, nicht am Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn angeschlossen zu sein. Der Umweg über Berlin verlängert Fahrtwege, kostet Zeit und macht die Nutzung der Bahn unattraktiv.

### ***...Barrierefreiheit auf den Fußwegen!***

In einer alternden Gesellschaft ist es notwendig, Barrierefreiheit nicht nur in Bus und Bahn, sondern auch auf den alltäglichen Wegen dorthin zu garantieren. Kreuzungsbereiche und Querungen müssen durchweg barrierefrei sein.

### ***...sichere Rad- und Fußgängerwege!***

In den letzten Jahren kam es zu häufig an verschiedensten Stellen zu Unfällen mit teils folgenschweren gesundheitlichen Folgen für die Beteiligten. Gerade die Verkehrssicherheit im Radverkehr ist eine Grundvoraussetzung für eine zuverlässige und sorglose Fortbewegung mit dem Drahtesel. Verkehrsunsichere Stellen müssen auf den Prüfstand und unsichere Überschneidungen von Rad- und KFZ-Wegen soweit wie möglich reduziert werden.

### ***...Radschnellwege!***

Die Fortbewegung mittels des Fahrrads gehört ebenso zu einem gesunden Verkehrsmix. Radschnellwege sind eine hervorragende Ergänzung des städtischen Infrastrukturangebots.



## KAPITEL 2

# Gläserne Verwaltung statt gläserner Bürger

## 2. Gläserne Verwaltung statt gläserner Bürger

*Eine moderne Verwaltung muss für den Bürger da sein und nicht umgekehrt. Denn transparentes Regierungs- und Verwaltungshandeln ist die Grundlage und Voraussetzung für alle demokratischen Prozesse. Es geht allerdings nicht allein darum, eine große Menge von Daten zur Verfügung zu stellen, sondern auch darum, Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Kontrolle des Verwaltungsgeschehens und der politischen Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Unser Ziel ist die Arbeit des öffentlichen Sektors (Politik und Verwaltung) offen transparent, partizipativ und kooperativ zu gestalten.*

## **Wir wollen...**

### ***...die uneingeschränkte Veröffentlichung aller nichtpersonenbezogenen Daten (Open Data)!***

Der Zugang zu allen veröffentlichungsfähigen, kommunalen Daten ist eine Grundvoraussetzung, um städtisches Handeln nachvollziehen und als Bürger selbst gestalten zu können.

### ***...geeignete Datenformate zur Analyse!***

Um schnelle und einfache Auswertungen der bereitgestellten Daten zu ermöglichen, sind diese in geeigneten und verarbeitbaren Formaten bereitzustellen.

### ***...einfach erreichbare Daten & Dokumente!***

Besserer Zugang sowie geeignete Visualisierungen öffentlicher Daten tragen zu einer barrierefreien Erreichbarkeit bei.

### ***...leicht verständliche Verwaltungsformulare!***

Viele der Potsdamer Verwaltungsformulare sind für den Bürger wenig verständlich und juristisch verklausuliert. Im Sinne einer einfachen und effektiven Handhabung sind diese, soweit möglich, verständlich zu formulieren und zugänglich zu machen.

### ***...eine handhabbare Homepage!***

Eine moderne und einfach zu benutzende Homepage ist heutzutage eine Grundvoraussetzung für eine bürger- und pressefreundliche Kommune. Die aktuelle Homepage entspricht nicht diesen Standards.

### ***...die automatische und unverzügliche Veröffentlichung aller Finanzdaten!***

Alle Finanzdaten müssen unverzüglich und automatisch auf einen öffentlichen Server geladen werden, wo sie der Stadtverwaltung und den Bürgern zeitgleich zur Verfügung stehen.

### ***...dass die Güter der Stadt transparent online verwaltet werden!***

Potsdam hat trotz eines anhaltenden Immobilienbooms und vieler Immobilienverkäufe viele Millionen Schulden angehäuft. Der Bürger hat ein Recht darauf, einfach und unkompliziert die Prozesse nachvollziehen zu können.

### ***...dass Bürger weniger persönlich in Behörden erscheinen müssen!***

Die Möglichkeiten von Online-Dienstleistungen sind vielfältig und können allen Bürgern den Umgang mit Behörden erleichtern.

Für Unternehmen und Gewerbetreibende wird durch digitale Transaktionen zudem ein einfacherer Datenaustausch mit Behörden möglich. Die persönliche Erscheinungspflicht wird so entbehrlich. Dabei muss die Datensicherheit höchstes Gebot sein. Allerdings sind bereits in sensiblen Branchen wie bei Banken und Versicherungen Mittel zur elektronischen Identifizierung akzeptiert. Als Landeshauptstadt sollte Potsdam Initiative fürs ganze Land Brandenburg ergreifen und neben der Zentralisierung von Verwaltungsregistern, die Abschaffung der Schriftform und papiergebundenen Nachweispflicht fordern.

### ***...dass die technische Kommunikationsinfrastruktur verbessert wird!***

In jüngeren, osteuropäischen EU-Ländern wie z.B. Estland oder Georgien werden Bürger per SMS über Verwaltungsprozesse z.B. über die Fertigstellung von Dokumenten benachrichtigt. Wir wollen dies auch für die Stadtverwaltung umsetzen und damit die Bürgerfreundlichkeit verbessern.

### ***...dass bei Bauprojekten die einzubeziehenden Behörden besser miteinander kommunizieren!***

Bauherren klagen des Öfteren, dass eine bessere Abstimmung z.B. zwischen Feuerwehr, Bauamt und Denkmalschutzbehörde nötig ist, um den Baufortschritt zu beschleunigen. Wir wollen dies im Sinne der Bürgerfreundlichkeit verbessern.



## KAPITEL 3

# Steuerung von Beteiligungs- unternehmen

### 3. Steuerung von Beteiligungsunternehmen

*Die Verwaltungsreformenanstrengungen in Potsdam im Hinblick auf Kostentransparenz, Effizienzsteigerung und Bürgerfreundlichkeit sind auch durch die enge Kooperation mit der Universität Potsdam gut vorangekommen. Dennoch bleiben Defizite, die es zu beseitigen gilt. Zuvorderst steht hier die politische Beaufsichtigung von kommunalen Beteiligungsunternehmen. Deren zielorientierte Steuerung und Führung durch politische Gremien ist trotz Reformansätzen noch nicht erkennbar. Die Entsendung von Vertretern der Fraktionen in die Aufsichtsräte führt noch nicht zu einer Steuerung der Unternehmen nach politischen Vorgaben.*



## **Wir wollen...**

### ***...die Einführung eines transparenten Beteiligungsmanagements***

Die politische Beeinflussbarkeit von kommunalen Beteiligungsunternehmen, die dem Privatrecht unterliegen, ist eine Herausforderung. Wir wollen, dass ein nicht-öffentlich tagender Beteiligungsrat geschaffen wird, in dem regelmäßig die in die Aufsichtsgremien entsendeten SVV-/ Fraktionsmitglieder über den Sachstand und die Umsetzung von Vorgaben für einzelne Unternehmen berichten. Des Weiteren sind alle Fraktionen der SVV im Beteiligungsrat vertreten.

### ***...regelmäßige Schulungen für das Beteiligungscontrolling***

Kommunalpolitiker sind Teilzeitpolitiker und oft nicht darin geübt, aus den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung konkrete Einzelziele für Unternehmen zu definieren oder deren Erreichung zu kontrollieren. Regelmäßige Schulungsangebote sollen SVV/Fraktionsmitglieder befähigen, Ziele für einzelne Unternehmen zu definieren und deren Erreichung beaufsichtigen und kontrollieren zu können.

### ***...transparente Jahresberichte der Beteiligungsunternehmen***

Alle Berichte der städtischen Unternehmen müssen Auskunft geben über die Erreichung der durch die SVV vorgegebenen Ziele. Der Oberbürgermeister hat einen jährlichen Bericht zu Zielentwicklungen und deren Erreichung zu verfassen.



## KAPITEL 4

# Wohnen.

*Die Mischung macht's!*

## 4. Wohnen.

### Die Mischung macht's!

*Die Entwicklung Potsdams hängt davon ab, wie wir sie im Großen sowie im Kleinen gestalten. Denn Politik darf nicht nur an der Oberfläche kratzen. Sondern sie muss vielmehr grundsätzliche Weichen für die Stadtentwicklung der kommenden Jahre stellen.*

*Wollen wir, dass unsere Stadt maßlos weiter wächst? Wie wollen wir, unsere Stadt gestalten und in welchem Maß? Dies werden die großen Fragen sein, die in den nächsten Jahren beantwortet werden müssen.*

*Wir sind der Auffassung, dass Potsdam nicht unbegrenzt wachsen kann. Denn Wachstum und Bauen hört dort auf, wo die Integrität und Identität von Quartieren grundsätzlich bedroht ist. Potsdam ist mehr als Wachstum und Wohnungsbau. Es ist Kultur- und Epochenstadt, Stadt der Parks, Stadt des Sports und es lebt von lebendigen Quartieren. Kurz gesagt: Es ist unsere Heimat und muss auch 2030 als diese noch zu erkennen sein.*

*Außerdem braucht unsere Stadt lebendige Quartiere, die Wohnen, Leben, Arbeiten und Soziales miteinander verbinden.*

*Gleichzeitig müssen Parks, Kleingärten und Wälder als Erholungsgebiete erhalten sowie entwickelt werden und der Wohnungsbau klar durch soziale Durchmischung gekennzeichnet sein. Denn nicht nur hohe Mieten und wenig bezahlbare Wohnungen, sondern auch eine zunehmende soziale Spaltung charakterisieren die aktuelle Situation in unserer Stadt.*

*Aus diesem Grund benötigt Potsdam dringend ein neues wohnungspolitisches Konzept, welches sich bei allen neuen Quartieren den sozialen Mix auf die Fahne schreibt.*

## **Wir wollen...**

### **...den Wachstumsdruck abbauen!**

Potsdams Wachstum kann nicht als grenzen- und schrankenlos hingenommen werden. Denn Wachstum hört dort auf, wo die Integrität und Identität von Quartieren grundsätzlich bedroht ist. Potsdam ist mehr als Wachstum und Wohnungsbau. Es ist unsere Heimat und muss auch 2030 als diese noch zu erkennen sein.

### **...soziale Durchmischung und bezahlbaren Wohnraum!**

Potsdam benötigt dringend ein neues wohnungspolitisches Konzept, welches sich bei allen neuen Quartieren den sozialen Mix auf die Fahne schreibt. Das bedeutet, auf Höchstgebotsverfahren bei der Ausschreibung zu verzichten und dem Investor mit dem besten Konzept den Zuschlag zu erteilen. Hierzu müssen zu einem Drittel Sozialwohnungen und zu einem Drittel Mietwohnungen im mittleren Preissegment entstehen. Das letzte Drittel wird dem freien Wohnungsbau zur Verfügung gestellt und kann u.a. für Eigentumswohnungen genutzt werden. Wir nennen dies die Potsdamer Mischung. So ist es uns möglich, der sozialen Spaltung unserer Stadt entgegenzuwirken und bezahlbaren wie auch privaten Wohnraum zu schaffen.

### **...lebendige Quartiere schaffen!**

Quartiere dürfen nicht einfach nur Schlafstädte sein, sondern müssen alle Daseinsgrundfunktionen garantieren. Hier müssen Kitas, Schulen, Versorgungsmöglichkeiten, geeignete Infrastruktur sowie Gewerbe- und Arbeitsstätten frühzeitig mit eingeplant werden.

### **...die Anwohner in die Bauplanung miteinbeziehen!**

Anwohner müssen so früh wie möglich bei der Erstellung von Bauplänen einbezogen und deren Wünsche sowie Forderungen angemessen berücksichtigt werden.

### **...jährliche Stadtteilkonferenzen!**

Um die Bindung und den Kontakt von Verwaltung, Politik und Einwohnerschaft zu stärken, fordern wir jährliche Stadtteilkonferenzen in den Potsdamer Wohnquartieren, auf denen aktuelle Probleme und Sachlagen besprochen und von den Anwohnern angesprochen werden können.

### **...mehr studentischen Wohnraum!**

Günstiger Wohnraum ist eine Grundbedingung zum Studieren. Wenn Potsdam Universitätsstadt sein will, muss hier nachjustiert werden. Nicht nur Sozial- sondern auch Studentenwohnungen müssen in die Planungen aller Quartiere einbezogen werden.

### **...Förderungen von Mehrgenerationenhäusern!**

Wohnen und Leben bedeutet auch Zusammenleben und generationenübergreifende Verpflichtungen. Wir setzen uns für weitere Mehrgenerationenhäuser in unseren Quartieren ein.

### **...Grünflächen & Wälder erhalten!**

Grünflächen und Wälder sind als Erholungsgebiete und für die Luftqualität unbedingbar und deshalb zu erhalten und auszubauen.

### **...freien Eintritt in allen Potsdamer Parks!**

Parks sind Orte der Erholung sowie der Besinnung und gehören zum Gemeinwesen. Jedem Potsdamer muss es möglich sein, alle Parks im Stadtgebiet zu jeder Zeit kostenlos betreten und besuchen zu können.

### **...keine weitere Grundsteuererhöhung!**

Die Erhöhung der Grundsteuer führt automatisch zu höheren Mieten, da die Vermieter die erhöhten Kosten auf die Mieter umlegen. Daher setzt sich die AfD für eine Beibehaltung des aktuellen Stands ein.

### **...keine Verkäufe städtischer Grundstücke und Immobilien ausschließlich nach dem Höchstgebotsverfahren!**

Der Verkauf städtischer Grundstücke und Immobilien zum Zwecke der Wohnbauung sollte in besonders von Preissteigerungen betroffenen Stadtteilen verstärkt nach Konzeptvergabe erfolgen, um bezahlbaren Wohnraum im Rahmen der Potsdamer Mischung zu garantieren.

### **...die Förderung weiterer barrierefreier Wohnungen!**

In einer alternden Gesellschaft ist es notwendig, weitere Wohnungen barrierefrei zu gestalten, um den Herausforderungen der Zukunft rechtzeitig zu begegnen.

### **...den langfristigen Erhalt unserer Kleingärten!**

Kleingärten sind als grüne Oasen der Erholung und der Versorgung ein wichtiger Bestandteil des städtischen Wohnens und müssen durch die Fortschreibung des Kleingartensicherungskonzeptes auch in Zukunft gesichert werden.



## KAPITEL 5

**Potsdams  
ländlicher Raum.  
*Schützenswert.  
Erhaltenswert.  
Lebenswert.***

## 5. Potsdams ländlicher Raum.

### Schützenswert. Erhaltenswert. Lebenswert.

*Potsdam ist als relativ kleine Landeshauptstadt Verwaltungsmittelpunkt Brandenburgs, das überwiegend ländlich geprägt ist. Die Qualität der Lebensbedingungen im ländlichen Raum betrifft Potsdam unmittelbar. Wenn der ländliche Raum ausblutet und die Menschen in die Stadt ziehen, haben Stadt und Land erhebliche Probleme.*

## **Wir wollen...**

### ***...die Vorzüge des ländlichen Raums erhalten!***

Luft, Umwelt, Tradition, Natur, Platz, Ruhe sind wesentliche Vorzüge des ländlichen Raums. Wir wollen diese erhalten.

### ***...die Lebensqualität im Potsdamer Umland erhöhen!***

Arbeitsplätze schaffen, Entfernungen minimieren, Verkehrsangebot optimieren, Kulturangebote verbessern, Verfall von Gebäuden und Infrastruktur vermeiden.

### ***...die Digitalisierung als DIE Chance ansehen!***

Wir setzen uns ein für den Ausbau des flächendeckenden schnellen Internets per Glasfaserleitungen, um die freie Arbeitsplatzwahl zu ermöglichen.

### ***...den Umzug aufs Land fördern!***

Bauzuschüsse sollten erhöht, Steuerbefreiungen gewährt und Vorschriften reduziert werden (Gebäudedämmung u.a.), um Potsdamer den Umzug aufs Land zu erleichtern. Dazu zählt auch eine gezielte Kinderförderung, um die Wahlfreiheit bei der Betreuung zu Hause oder Kindergarten zu erreichen. Dies würde auch den städtischen Wohnungsmarkt entlasten.

### ***...Ausweis von weiteren Gewerbegebieten!***

Auch um den Pendlerverkehr in und nach Potsdam zu reduzieren, ist es sinnvoll, Gewerbegebiete in Abstimmung mit den Umlandgemeinden auszuweisen.

### ***...Schulen vor Ort errichten!***

Um die Lebenszeitverschwendung von Kindern durch lange Transporte zu vermeiden, sollten Schulen vor Ort errichtet werden.

### ***...den Verkehr optimieren!***

Der ÖPNV sollte eine möglichst kurze Taktung erhalten, um die Attraktivität für einen Umzug in die ländlichen Gebiete Potsdams zu erhöhen. Dazu müssen auch die Ausfallstraßen konsequent saniert werden.

### ***...Stärkung gewachsener Kulturräume!***

Der ländliche Raum ist ein nicht zu vernachlässigender gewachsener Kulturraum. Durch die Abwanderung sind ländliche Kulturangebote bedroht. Wir wollen auch den Stadtrand hinsichtlich der kulturellen Infrastruktur fördern.

### ***...die Versorgung verbessern!***

Für kleinere Ortsteile ohne Gesundheits- und Dienstleistungsinfrastruktur ist es wichtig, Ärzte-, Versorgungs- und Bankbusse bereitzustellen.





## KAPITEL 6

# Gedenken & Erinnern.

*Gegen die Einseitigkeit!*

## 6. Gedenken & Erinnern.

### Gegen die Einseitigkeit!

*Das Gedenk- und Erinnerungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam ist einseitig, blendet einen Großteil der geschichtlichen Ereignisse der Stadt aus und trägt nicht dazu bei, eine positive Identität zu stiften, die über die Zeit von 1933-1989 hinausgeht. Wir, die Alternative für Deutschland KV Potsdam, wollen eine neue Erinnerungskultur, die nicht einseitig schamhaft auf die brutalen Auswüchse deutscher Geschichte abstellt. Wir wollen Mut zur Wahrheit wagen in Bezug auf die uns gemeinsame Geschichtserzählung, die neben preußischen Königen und Kaisern Bürgersinn, Pflichterfüllung, Gemeinschaftsgeist, aber auch Widerstand und Tapferkeit umfasst. Wir wollen erinnern an die jüdischen Potsdamer, die durch nationalsozialistischen Wahn durch Potsdamer Bürger entrechtet und schlimmstenfalls ermordet wurden. Wir wollen erinnern an die Potsdamer Widerständler, die mutig für die Freiheit Ihrer Mitmenschen ihr Leben gaben. Wir wollen all jenen Potsdamer Soldaten gedenken, die in Kriegen in Pflichterfüllung tapfer für Ihr Vaterland kämpften und fielen. Wir wollen an die sowjetische Terrorherrschaft und ihr Satrapenregime in der SBZ/ DDR erinnern.*

*Dies wollen wir gemeinsam mit Potsdamer Bürgern in Gemeinschaftserlebnissen ERLEBBAR machen für eine positive Identität als „Wir. Potsdamer!“*

## **Wir wollen...**

### ***...Erinnerungs- und Feiertage neu setzen, weitere Gedenkort herrichten und Potsdamer Persönlichkeiten wiederentdecken!***

Potsdam ist eine geschichtsträchtige Stadt. Viele geschichtliche Ereignisse lohnen der Wiederentdeckung. Die öffentliche Erinnerung daran und an die damit verbundenen Persönlichkeiten ist nötig. Die Wiedererrichtung der Statue von Friedrich Wilhelm I. im Lustgarten, die Versetzung der Statue von General Friedrich Wilhelm von Steuben vor das Stadtschloss sowie die Erinnerung an viele weitere Potsdamer ist Teil unserer Erinnerungskulturpolitik.

### ***...die Befreiungskriege gegen die napoleonische Fremdherrschaft in Potsdam sichtbar machen!***

Auf dem Luisenplatz erinnert bisher kein Hinweis auf die Namensgeberin und den geschichtlichen Hintergrund. Hier wollen wir Büsten von Königin Luise und Friedrich Wilhelm III. am Luisenplatz aufstellen und an die Befreiungskriege erinnern.

### ***...die Revolution von 1848 in Potsdam sichtbar machen!***

Am Triumphbogen Weinbergstraße von Friedrich Wilhelm IV, ist bisher keine Hinweistafel angebracht, die dessen Ursprung sichtbar macht. Das wollen wir ändern.

### ***...ein würdiges Gedenken an die Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944!***

Dazu wollen wir die Wohnorte der ehemaligen Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 sichtbar machen sowie Nachfahren der Widerstandskämpfer in Gedenkveranstaltungen einbeziehen.

### ***...ein würdiges Gedenken an die gefallenen Potsdamer Soldaten des Zweiten Weltkrieges.!***

Bislang fehlt in Potsdam ein Denkmal mit den Namen aller Potsdamer Gefallenen des Zweiten Weltkrieges. Dessen Errichtung auf dem Neuen Friedhof wollen wir erreichen.

### ***...ein anderes Herangehen an die Vermittlung Potsdamer Geschichte!***

Wir wollen Zeitzeugengespräche mit Nachfahren von Opfern und Tätern zum Holocaust und der kommunistischen Gewaltherrschaft an Potsdamer Schulen fördern.

### ***...Widerstand in der DDR sichtbar machen!***

Die Ermordung der Schüler Douglas, Eylert und Tauer steht sinnbildlich für den sowjetischen Terror gegen alle Altersgruppen - Schüler sollen in das Gedenken an diese Diktatur einbezogen werden. Zeitzeugengespräche dienen der direkten Vermittlung von Erfahrungen. Die verschiedenen Opferverbände der kommunistischen Gewaltherrschaft sollen hier aktiv einbezogen werden. Dazu zählt auch, den derzeit lieblosen Gedenkort für das Bürgermeister-Ehepaar Köhler attraktiver herzurichten.

### ***...uns einsetzen für besseren Geschichtsunterricht auf Landesebene!***

Durch die mehrfachen Bildungsreformen in Brandenburg leidet auch der Geschichtsunterricht in allen Schulformen Potsdams. Das Fach „Heimatkunde“ sollte in der Grundschule wieder eingeführt und die Wochenstundenanzahl in allen Schulen auf 2 Schulstunden erhöht werden. Dazu ist es nötig, den Rahmenlehrplan zu ändern. Wir setzen uns hierzu für eine Initiative auf Landesebene ein.

### ***...Geschichte wieder gemeinsam erlebbar machen!***

In Potsdam fehlt es an identitätsstiftenden Festen. Festumzüge zu runden Stadtjubiläen oder Feste zu früheren Ereignissen sollten wieder natürliche Bestandteile der gelebten Potsdamer Gemeinschaftlichkeit werden. Wir wollen Traditionen wiederbeleben und mit Traditionsvereinen geschichtliche Ereignisse regelmäßig erlebbar machen. Die städtischen Vorgaben für förderbare Festivals müssen solche Veranstaltungen umfassen.



## KAPITEL 7

**Kultur.**  
*Unabhängig & ideologi-  
giefrei.*

## 7. Kultur

### Unabhängig & ideologiefrei.

*Potsdam bietet wie keine zweite Stadt in Deutschland eine reichhaltige Kultur- und Künstlerszene mit teilweise internationaler Bekanntheit neben dem UNESCO Weltkulturerbe. Ob dies die internationalen Tanztage, Unidram oder die Sehnsüchte der Filmuniversität Babelsberg sind – viele Kreative bereichern das lokale Kulturangebot.*

## **Wir wollen...**

### ***...die freie Theaterszene erhalten und fördern!***

Jenseits von Schlössern und Parks und dem städtischen Hans-Otto-Theater hat sich eine bunte Szene von Theaterschaffenden gebildet. Diese bereichernde Szene gilt es zu erhalten und nach Maßgabe der Sinnhaftigkeit zu finanzieren. Wir wollen ausgewählte, herausragende Projekte fördern und nicht „mit der Gießkanne“ des Steuerzahlers wenig frequentierte oder gering öffentlich präsenste Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen unterstützen.

### ***...Möglichkeiten zur Ausstellung für lokale Künstler schaffen!***

Die Probleme lokaler Künstler hinsichtlich preisgünstiger Atelierräume nehmen wir wahr. Wir wollen anregen ein Grundstück in der neu entstehenden historischen Stadtmitte durch die städtische Pro Potsdam anzukaufen und zu einem Künstler- und Galeriehaus zu entwickeln. Ausgewählte, hervorragende Potsdamer Künstler und Künstlerinnen sollen hier temporär Atelier und Ausstellungsmöglichkeiten erhalten. Des Weiteren regen wir an, Atelierräume im neu zu konzipierenden Stadtquartier Krampnitz oder auf dem Kulturgelände Schiffbauergasse sowie auf dem Freiland-Gelände zu entwickeln.

### ***...Veranstaltungen von extremistischen Gruppierungen in öffentlich geförderten Räumlichkeiten verhindern!***

Ob es das Freiland mit seinem Klub „Spartacus“ ist oder das derzeitige Künstlerhaus Rechenzentrum in der Breiten Straße – insbesondere linksextrême Gruppierungen nutzen derzeit öffentliche Räumlichkeiten. Wir sprechen uns für ein Nutzungs- und Auftrittsverbot von Extremisten jeglicher Couleur in öffentlich geförderten Räumlichkeiten aus.

### ***...die Einführung einer Extremismus Klausel in kommunale Förderrichtlinien!***

Sämtliche Antragssteller für die öffentliche Förderung von soziokulturellen Projekten müssen bei Antragsstellung eine unterzeichnete Verpflichtung einreichen, die eine Zusammenarbeit mit Vereinen und Gruppierungen ausschließt, deren politische Haltung öffentlich erkennbar antistaatliche Züge aufweist. Wir fordern die Einführung einer Extremismus Klausel für Veranstalter im Stadtgebiet, die die Verpflichtung zur Anerkennung der freiheitlich demokratischen Grundordnung einfordert.

## KAPITEL 8

# **Wirtschaft.** *Freie Wirtschaft in einer digitalen Stadt!*





## 8. Wirtschaft.

### Freie Wirtschaft in einer digitalen Stadt!

*Die Landeshauptstadt Potsdam hat seit der Wendezeit kaum noch Industrieunternehmen. Schwerpunkte der kommunalen Wirtschaftsstruktur liegen auf wirtschaftlichen Dienstleistungen, Gesundheits- und Sozialleistungen und Handel. Das verarbeitende Gewerbe, Bau und Logistik nehmen mit 2-4 Prozent der Beschäftigten ein Nischendasein ein. Gerade produzierendes Gewerbe zieht aber weitere Arbeitsplätze nach sich. Daneben ist Potsdam aufgrund des über Jahrhunderte gewachsenen Weltkulturerbes eine beliebte Destination für den nationalen und internationalen Bildungstourismus geworden. Aufgrund seiner Nähe zu Berlin, dem Ensemble aus Natur und historischen Gebäuden sowie die Funktion als Landeshauptstadt ist Potsdam hoch attraktiv für Zuzügler aus dem Umland und Deutschland. Seit Jahren existiert deshalb ein massives Zuzugsproblem, das sich niederschlägt in fehlenden Wohnungen und Büros, mit der Folge steigender Grundstückspreise und Mieten. Die Ausweisung von Gewerbeflächen stößt zudem an räumliche Grenzen, wodurch weitere Gewerbeansiedlungen nur noch an einzelnen Stellen möglich werden. Der Einzelhandel wiederum leidet neben steigenden Mieten zudem unter einer wachsenden Online-Konkurrenz.*

*Wir wollen, dass die Verwaltung eine stärkere Dienstleistungsmentalität zum Wohle von Gewerbebetrieben, Handwerk, Dienstleistern und Handel entwickelt. Deren Bedürfnisse und die verstärkte Konzentration auf die Ansiedlung größerer Industriebetriebe müssen Kern flexibleren Verwaltungshandelns werden. Das neue Wohn- und Gewerbequartier Krampnitz, das Sago-Gelände und der Friedrichspark bieten Ansatzpunkte. Weitere Gewerbeflächen sollten im nahen Umfeld der Stadt in Abstimmung mit den Nachbargemeinden entwickelt werden. In der Innenstadt könnte eine bessere Abstimmung mit der Privatwirtschaft neue Büroflächen z.B. in der Behlertstraße und der Türkstraße initiieren.*

## **Wir wollen...**

### ***...die Dienstleistungsmentalität der Verwaltung stärken!***

Eine Verwaltung die fokussiert ist auf die Bedürfnisse von Industrie, Handel und Gewerbe sowie die Standortvermarktung schafft Zukunftsfähigkeit in einem harten Standortwettbewerb.

### ***...die stärkere Ausweisung von kommunalen Gewerbeflächen und den Bau von Büros statt Wohnungen!***

Es reicht nicht, nur neue Wohnungen zu errichten. Ebenso müssen weitere Gewerbestandorte an der B273 Richtung A10/ und an der B2 ausgewiesen werden, auch um Clusterbildungen und die Vernetzung von Handwerk und Wissenschaft zu ermöglichen. Da das Potsdamer Flächenangebot begrenzt ist, müssen die Nachbargemeinden (z.B. Rehbrücke, Schwielowsee) bei der Entwicklung neuer Industriegebiete einbezogen werden.

### ***...die verkehrstechnisch stärkere Vernetzung der Wachstumsstandorte Campus Jungfernsee, Golm, Babelsberg und zukünftig Krampnitz!***

Ohne die Realisierung von Havelspange und Westtangente wird die Vernetzung und Erhöhung der Standortattraktivität bei gleichzeitiger Verkehrsbelastung nicht gelingen. Zusätzlich eröffnet die bessere Vernetzung Synergiepotenziale zwischen den Standorten.

### ***...dass Krampnitz ein attraktiver Gewerbe- und Wohnstandort wird!***

Um die Standortattraktivität zu erhöhen und weitere Verkehrsprobleme zu vermeiden, ist es sinnvoll, Krampnitz als integriertes Gewerbe- und Wohngebiet zu entwickeln. Die Schaffung oder Verlagerung von Arbeitsplätzen an den Stadtrand vermeidet das problematische Ein- und Auspendeln und die bekannten Potsdamer Verkehrsprobleme.

### ***...dass Potsdam für Unternehmensgründer attraktiver wird!***

Die bisherigen Gründerzentren sind nicht ausreichend. Auch wenn auf dem Gelände des ehemaligen RAW ein großes zentrales Gründerzentrum entsteht, benötigt Potsdam weitere Büro- und Gewerbeflächen für Unternehmensgründer. Wir wollen für die bessere lokale Vernetzung einen „Digitalhub“ initiieren, auch um die Clusterbildung zu verbessern. Unser Motto: Medienunternehmen trifft, Wissenschaft trifft, Handwerk.

### ***...dass die Vielfalt des Einzelhandels als Teil einer lebendigen Stadt erhalten bleibt!***

Aufgrund der steigenden Mieten und durch den zunehmenden Online-Handel steht der Einzelhandel unter Druck. Große Ketten haben weniger Probleme, die Mieten aufzubringen. Kleine Läden schließen hingegen regelmäßig. Um den Einzelhandel konkurrenzfähiger zu machen, wollen wir mehr Sonntagsöffnungen das ganze Jahr über ermöglichen, ausgenommen zur Weihnachtszeit. Nach Vorbild der „City-Initiative lokal & digital“ wollen wir darüber hinaus in Zusammenarbeit mit eBay und z.B. einer Mediengruppe dem stationären Einzelhandel eine Plattform bieten, um im Netz sichtbar zu werden. Das Ziel muss eine lebendige Stadt mit vielfältigen Anbietern sein.

### ***...dass das Handwerk in Potsdam eine Zukunft hat!***

Handwerker leisten wesentliche Beiträge für das Funktionieren und Gedeihen einer Stadt. Neben dem Einzelhandel leiden jedoch auch Handwerker unter steigenden Mieten für Gewerbeflächen, kommunalen Auflagen etc. Die ideologisierte Potsdamer Verkehrspolitik tut ein Übriges. Letztere blendet aus, dass Dieselfahrzeuge häufig die Existenzgrundlage von Handwerkern bilden. Wir wollen Erleichterungen schaffen, beispielsweise durch Handwerkerparkausweise, die für das gesamte Stadtgebiet gültig sind. Wir wollen eine rationale Verkehrspolitik, die Dieselfahrverbote ausschließt und Verkehrsbeschränkungen aufhebt. Wir wollen neue Gewerbegebiete, die auch den Bedarf von Handwerkern einbeziehen, indem preisgünstige Lager- und Produktionsflächen angeboten werden.



## KAPITEL 9

**Bildung & Sport.**  
*Heute die Schulen von  
morgen machen.*

## 9. Bildung & Sport.

### *Heute schon die Schulen von morgen machen.*

Potsdam hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um den wachsenden Schülerzahlen Rechnungen zu tragen. Es wurden Schulen geplant und gebaut, Sportplätze neu angelegt oder Hallen saniert. Aber die Schule von morgen benötigt mehr als Gebäude und Außenanlagen. Sie ist ein Ort der generationsübergreifenden Zusammenkunft und Ausbildungsstätte zugleich. Sie muss zudem modern und digital sowie Heimat sein.

## **Wir wollen...**

### ***...Schulen als generationsübergreifende Begegnungshäuser planen!***

Schulen dürfen nicht nur als Gebäude zur Bildung junger Menschen wahrgenommen, sondern sie müssen als generationenübergreifende Begegnungsstätte begriffen werden. Dem Beispiel Drewitz folgend, müssen alle Potsdamer Schulen dementsprechend ausgestattet und räumlich strukturiert sein.

### ***...eine moderne IT Ausstattung für unsere Schulen!***

Eine zeitgemäße Ausbildung bedingt moderne Techniken und Ausstattungen wie digitale Tafeln, aktuelle Lernsoftware oder angemessene Hardware. Potsdams Schulen sind in der Breite in dieser Hinsicht nicht gut aufgestellt. Unter anderem ist eine 100-prozentige Ausstattung mit digitalen Tafeln schnellstmöglich umzusetzen.

### ***...Hochgeschwindigkeitsinternet an allen Potsdamer Schulen***

Rund 20% aller Potsdamer Schulen sind zurzeit nicht mit ausreichend schnellem Internet ausgestattet. In Zeiten des digitalen Unterrichts und in Anbetracht der Möglichkeiten, die das Internet offeriert, ist dies ein nicht haltbarer Zustand.

### ***...zeitgemäße Raumstrukturen für unsere Schulen!***

Für einen qualitativ hochwertigen Unterricht, vor allem in der Primarstufe, sind angemessene Raumstrukturen, die den unterschiedlichen Anforderungen heutigen Unterrichts entsprechen, unabdingbar. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass finanzielle Mittel und Ressourcen für solche Projekte bereitgestellt werden.

### ***...kleine Schulen statt Massenschülerhaltung!***

Kleinere Schulen sind großen Schulcampus aufgrund ihrer familiärerem und individuelleren Strukturen vorzuziehen. Die bisherige Strategie der Stadt, verschiedene Schulen und Schultypen zu unpersönlichen Schulgeländen zusammenzufassen ist abzulehnen.

### ***...die konsequente Fortsetzung des Schulentwicklungsplans!***

Eine wachsende Stadt erfordert es, dass die infrastrukturellen sowie sozialen Einrichtungen mit ihr wachsen. Der Schulneubau muss, genau wie die Instandhaltung, dementsprechend forciert werden.

### ***...gesundes und regionales Schulessen!***

Gesundes Essen ist eine Grundvoraussetzung für die Leistungsfähigkeit von Schülern. Wir wollen, dass unsere Schüler nicht nur gesund, sondern auch mit Produkten aus der Region ernährt werden. Dadurch werden lange Transportwege vermieden wie auch heimische Hersteller unterstützt.

### ***...eine solide Breitensportförderung!***

Über 30.000 Potsdamer sind in Sportvereinen organisiert. In diesen finden in erheblichem Maße gesellschaftliches Engagement, soziale Kontakte und heimatgebundene Identifikation statt. Dies muss durch eine funktionierende und transparente Vergabe von Hallen- als auch Platzzeiten und verstärkte Investitionen in neue Sporthallen und Sportfeldern angegangen werden.

### ***...Potsdam als Stadt des Spitzensports!***

Potsdam ist deutschlandweit und international für seinen Spitzensport bekannt. Hierzu zählt vor allem das Sportareal des Luftschiffhafens. Hier gilt es eine stärkere Vernetzung mit der Verwaltung zu realisieren sowie die finanzielle Unterstützung weiter zu intensivieren.

## KAPITEL 10

# Soziales und Senioren. *Für ein würdevolles Altern.*



## 10. Soziales und Senioren.

### *Für ein würdevolles Altern.*

Potsdam ist im Bundesvergleich eine, demografisch gesehen, vergleichsweise gesunde Kommune mit vielen Geburten und relativ wenig Seniorenüberhang. Gleichwohl gilt auch in Potsdam, dass immer weniger Erwachsene hier wohnen, die Ihre Eltern pflegen können. Denn - je älter ein Mensch - desto kleiner sein Aktionsradius und das Zuhause wird zum bedeutenden Lebensmittelpunkt insbesondere bei der alltäglichen Versorgung und Pflege. Dementsprechend wachsen die Aufgaben für die öffentliche Hand. Allerdings werden die Ergebnisse der Potsdamer Stadtteilkonferenzen (2014), die Einrichtung des Netzwerks „Älter werden in Potsdam“ sowie der Seniorenplan der Landeshauptstadt von Seniorenvertretern kritisch gesehen. Deren Bedürfnisse hinsichtlich der medizinischen Versorgung und Pflege, dem Wohnen und Zusammenleben, von Kommunikation, Bildung und Begegnung oder auch Arbeit im Ruhestand wird kaum entsprochen. Die Themen Altern, Pflege, Sterben, sollten zwar stärker in die Öffentlichkeit gebracht und gemeinsame Projekte gegründet werden, zur Verbesserung der Lebenslage älterer Menschen auch in Zusammenarbeit zwischen Trägern in Bildung, Wohlfahrt, stationärer und ambulanter Pflege, jedoch sind die Ergebnisse bislang gering. Über diagnostische und theoretische Feststellungen und Bestandsaufnahmen hinaus, hin zu praktischen Anwendungen kommt der Seniorenplan der Landeshauptstadt Potsdam nicht.



## **Wir wollen...**

### ***...Bedürfnisse ernst nehmen und einen echten Senioren Dialog einrichten!***

Regelmäßige Seniorenstammtische für alle Stadtteile z.B. unter Einbeziehung mit der Immobilienwirtschaft zu seniorengerechtem Bauen ermöglichen und den direkten Austausch zu Bedürfnissen und Problemen. Wir wollen einen echten Dialog initiieren.

### ***...das barrierefreie Potsdam, Realität werden lassen!***

Um Barrierefreiheit in ganz Potsdam zu ermöglichen, muss zunächst eine komplette Bestandsaufnahme erfolgen und die Beseitigung der größten Hindernisse priorisiert werden.

### ***...dass Defizite bei der Pflege für Demenzkranke beseitigt werden!***

Mittelfristig sollten spezielle Pflegeeinrichtungen geschaffen werden, die eine gezielte Betreuung ermöglichen.

### ***...dass Hörgeschädigte am gesellschaftlichen Leben teilhaben können!***

Menschen mit Hörbehinderung haben oft Schwierigkeiten, in öffentlichen Gebäuden, Theatern, Galerien oder auch Kinos Vorstellungen zu folgen. Wir wollen, dass diese Senioren z.B. durch die Einrichtung von Hörhilfen vor Ort oder Regelungen zu einer angemessenen Lautstärke unterstützt werden.

### ***...dass die Rekommunalisierung von Pflegeeinrichtungen evaluiert wird!***

Pflegeeinrichtungen sind derzeit häufig in privater, kommerzieller Initiative entstanden. Hier gilt die Gewinnorientierung vor Pflegeorientierung. Nach Leipziger Vorbild sollte bewertet werden, ob noch zu errichtende oder bestehende Pflegeeinrichtungen auch in kommunaler Hand betrieben werden könnten, ohne auf Kostendeckung und eventuell Gewinne zu verzichten.

### ***...Pflegekräfte maximal unterstützen!***

Durch einen kostenlosen, stadtweit gültigen Parkausweis ähnlich dem „Arzt/Apotheker im Dienst“ können Pflegekräfte Knöllchen vermeiden. Wir wollen dessen Einführung, um die bisherige Situation von Strafzahlungen zu verhindern.



## KAPITEL 11

# Finanzen.

*Transparent & bürgernah.*

# 11. Finanzen

## Transparent und bürgernah.

Potsdams finanzielle Situation ist nur auf dem ersten Blick gut. Es fehlt eine seriöse, transparente Planung. Die Stadtverwaltung hat keinen aktuellen und abschließenden Überblick zum Stand des kommunalen Vermögens und der Schulden. So lagen für die Haushaltsplanung 2018/2019 lediglich die Ist-Werte aus dem Haushaltsjahr 2014 vor. Hiernach sinken freilich die städtischen Schulden. Aber die Schulden der kommunalen Unternehmen wachsen dagegen auf und betragen mittlerweile über eine Milliarde Euro - Tendenz steigend.

Für mehr Haushaltstransparenz ist ein Kassensturz notwendig. Eine verlässliche Planungsgrundlage erfordert das Vorhandensein aktueller Zahlen über den Stand des Vermögens und der Schulden der Stadt. Nur fristgerechte Haushaltsabschlüsse der Vorjahre lassen tragfähige Planungen künftiger Haushaltsjahre zu.

Wir wollen einen weiteren Schuldenabbau der Stadt. Vor allem aber die schrittweise Rückführung der ausgeuferten Verschuldung der städtischen Unternehmen. Dies erfordert eine ernsthafte Konsolidierung. Dazu zählt besonders Aufgabenkritik zum Erschließen von Einsparpotenzialen.

Wir fordern, städtische Vermögenswerte zu schützen. Insbesondere ist eigener Grund und Boden grundsätzlich nur mit Auflagen zum Wohle der Stadtentwicklung zu veräußern. Die Berufung der Geschäftsführer städtischer Unternehmen hat transparent und sachgerecht zu erfolgen. Deren Vergütung sollte maßvoll sein und vergleichbare Benchmarks nicht übersteigen.

## **Wir wollen...**

### ***...komplette Haushaltstransparenz und eine ernsthafte Haushaltskonsolidierung***

Für mehr Haushaltstransparenz ist ein Kassensturz notwendig. Eine verlässliche Planungsgrundlage erfordert das Vorhandensein aktueller Zahlen über den Stand des Vermögens und der Schulden der Stadt. Nur fristgerechte Haushaltsabschlüsse der Vorjahre lassen tragfähige Planungen künftiger Haushaltsjahre zu.

### ***...Aufschlüsselung von Budgets nach Empfehlungen der open knowledge foundation!***

### ***...bürgerfreundliche grafische Darstellung zur einfacheren Kontrollierbarkeit!***

Die wichtigsten Zahlen und Fakten zum Haushalt müssen für den Bürger nicht nur einfach zugänglich, sondern auch grafisch passend aufbereitet sein, um einen schnellen Umgang mit der schwierigen Materie gewährleisten zu können.

### ***...Schuldenabbau auch bei kommunalen Beteiligungsunternehmen!***

Wir wollen einen weiteren Schuldenabbau der Stadt. Vor allem aber die schrittweise Rückführung der ausgeuferten Verschuldung der städtischen Unternehmen. Dies erfordert eine ernsthafte Konsolidierung. Dazu zählt besonders Aufgabenkritik zum Erschließen von Einsparpotenzialen.

### ***...Unterstützung von Kommunalpolitikern bei der Steuerung und Zielentwicklung kommunaler Unternehmen!***

Wir fordern, geeignete Maßnahmen zu entwickeln, damit die Kommunalpolitiker insbesondere bei der wirtschaftlichen, rechtlichen und organisatorischen Beurteilung von anstehenden Entscheidungen in den kommunalen Unternehmen sachgerechte Lösungen finden können.

### ***...konsequente Aufgabenkritik und Reduzierung unnötiger kommunaler Verantwortung zur Entlastung der Steuerzahler!***

Wir wollen eine stetige und konsequente Aufgabenkritik in den Arbeitsfeldern der kommunalen Verantwortung. Das kritische Hinterfragen von Aufgaben und Arbeitsabläufen trägt dazu bei, die Verwaltung zu sensibilisieren und als Dienstleister weiter zu entwickeln. Zudem führt es zu einem wirtschaftlichen und sparsamen Ressourceneinsatz.

### ***...den Schutz städtischer Vermögenswerte!***

Wir fordern, städtische Vermögenswerte zu schützen. Insbesondere ist eigener Grund und Boden grundsätzlich nur mit Auflagen zum Wohle der Stadtentwicklung zu veräußern.



## KAPITEL 12

# Sicherheit und Asylbewerber.

## 12. Sicherheit und Asylbewerber

Jeder Potsdamer hat ein Recht darauf in seiner Stadt in Freiheit, Sicherheit und Ordnung zu leben. Diesem wollen wir als Rechtsstaatspartei nachkommen und setzen uns für ein starkes und gut aufgestelltes Ordnungsamt ein, das in Kooperationen mit der Polizei und privaten Sicherheitspartnerschaften eben jene Sicherheit aufrecht erhält, die zur Freiheit und Unversehrtheit eines jeden Einzelnen beiträgt. Die sogenannte Flüchtlingskrise von 2015 hat jedoch die Situation in Potsdam verändert und unsere Stadt vor noch nie da gewesene Aufgaben gestellt. Sie führte im gleichen Atemzug zu einem Verlust der Sicherheit, vor allem in der Region rund um den Hauptbahnhof. Solche Zustände und kriminellen Handlungen kann unser Rechtsstaat nicht dulden, sondern er muss hier aktiv werden.

## **Wir wollen...**

### ***...ein Ordnungsamt kein Knöllchenamt!***

Das Ordnungsamt darf nicht weiter nur als Knöllchenverteiler und Kassierer Amt wahrgenommen werden. Hier muss eine konsequente Neuausrichtung erfolgen. Die stärkere Kontrolle anderer originärer Aufgaben, wie der Straßen- und Gehwegsicherheit oder der Vermüllung, müssen stärker in den Vordergrund gehoben werden.

### ***...ein Ordnungsamt für das gesamte Stadtgebiet!***

Vor allem in den äußeren Stadtteilen lässt die Präsenz des Ordnungsamtes zu wünschen übrig, während im inneren Stadtgebiet und den Parkverbotszonen häufig Kontrollen und Rundgänge stattfinden. Das Ordnungsamt muss jedoch in allen Stadtteilen zu gleichermaßen seinen Pflichten nachkommen.

### ***...eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Ordnungsamt und Polizei!***

Die Zusammenarbeit zwischen kommunalem Ordnungsamt sowie der örtlichen Polizei muss stärker ins Blickfeld gerückt werden. Gemeinsame Sicherheitskonferenzen oder gemeinsame Streifen sind hierfür eine Grundvoraussetzung.

### ***...eine stärkere Polizeipräsenz vor allem in den Abendstunden!***

Gerade in Zeiten vermehrter Kriminalität ist eine starke Polizeipräsenz notwendig, um die Sicherheit eines jeden Einzelnen gewährleisten zu können. Der Oberbürgermeister muss sich nachdrücklich im Innenministerium und bei der örtlichen Polizeidienststelle dafür einsetzen, eine höhere Polizeipräsenz für das Potsdamer Stadtgebiet zu erwirken.

### ***...transparente Veröffentlichungen zu sicherheitsrelevanter Informationen!***

Die Stadtverwaltung muss in Zusammenarbeit mit der Polizei dem Bürger Daten zu sicherheitspolitischen Aspekten der Kommune barrierefrei und transparent zur Verfügung stellen. Hierzu zählen auch periodisierende Sicherheitsanalysen des Stadtgebietes.

### ***...ein Sicherheitskonzept für die Region um den Hauptbahnhof!***

Aufgrund vermehrter krimineller Zwischenfälle mit sogenannten Flüchtlingen das gesamte letzte Jahr über ist ein Sicherheitskonzept für die Region des Hauptbahnhofes, der Freundschaftsinsel sowie der langen Brücke nötig. Hierzu kann der Cottbuser Weg als Blaupause dienen.

### ***...eine bessere Zusammenarbeit mit Sicherheitspartnerschaften!***

Zu einem umfassenden Sicherheitskonzept gehört auch die Unterstützung und Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitspartnerschaften in den einzelnen Stadt- und Ortsteilen. Diesen muss, durch die Verwaltung, stärker unter die Arme gegriffen werden.

### ***...Sach- anstatt Geldleistungen für Asylbewerber!***

Asylbewerber genießen in Potsdam Aufenthalts-, Unterbringungs- sowie Verpflegungsrecht. Eine weitere Subventionierung durch finanzielle Mittel sehen wir nicht als zwingend und förderlich an, sondern werden uns konsequent für Sachleistungen für jene einsetzen.

### ***...einen Aufnahmestopp für weitere sogenannte Flüchtlinge!***

Potsdam hat in den letzten Jahren genug Asylbewerber aufgenommen, gepflegt und untergebracht. Eine weitere Aufnahme und das auch noch auf freiwilliger Basis sind nicht notwendig und schadet der Sicherheit der eigenen Bevölkerung, wie zahlreiche Beispiele der letzten Jahre belegen.

### ***...keine Unterbringung von sogenannten Flüchtlingen in Wohnverbänden!***

In Anbetracht des angespannten Wohnungsmarkts, der finanziellen Lage sowie der Sicherheit der Bürger der Stadt setzen wir uns für eine Unterbringung von Asylbewerbern in Gemeinschaftsunterkünften und nicht in Wohnungen ein.



## KAPITEL 13

# Naturschutz statt „Klimaschutz“



## 13. Naturschutz statt „Klimaschutz“

Die Landeshauptstadt Potsdam ist über Jahrhunderte einzigartig in die natürliche Umgebung eingebettet worden. Natur und Stadt wurden verschmolzen und behutsam entwickelt. Seen, Waldgebiete und Parks prägen Potsdam. Durch die Verdichtung in der Innenstadt, die Erschließung von Bauprojekten im ganzen Stadtgebiet sind bereits viele Grünflächen, Freiflächen und Wald verschwunden.

Wir die Alternative für Deutschland KV Potsdam, stehen ein für einen sinnvollen Naturschutz und den Erhalt von Grünflächen und Waldgebieten als Erholungszonen. Volkspark ohne Park geht ebenso wenig wie Waldstadt ohne Wald. Die Verkleinerung von Grünflächen und Wald für immer mehr Bauprojekte, ob im Potsdamer Norden oder in Waldstadt, muss verhindert werden. Die einzigartige Lennésche Feldflur, mühsam und mit Bundesmitteln wieder hergestellt, muss in ihrer Struktur und Umgebung erhalten bleiben. Dies wollen wir gemeinsam mit Potsdamer Bürgern sichern.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich der nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums angeschlossen und den „Masterplan 100% Klimaschutz 2050“ entwickelt. Danach verpflichtet sich die Stadt bis 2050 sogenannte Treibhausgase um 95% und „Endenergie“ um 50% gegenüber 1990 zu reduzieren.

Wir lehnen die Umsetzung dieses Masterplans ab. Die Kosten für die Gebäudeisolierung, die schrittweise Dekarbonisierung der Elektrizitätserzeugung, die illusorische Dezentralisierung der Stromerzeugung z.B. durch Mikro-Blockheizkraftwerke oder ein geschlechtergerechtes Klima-Programm aufzulegen, stehen in keinem Verhältnis zum nicht messbaren Effekt auf das Weltklima. Die Kosten tragen die Steuerzahler und die Einschränkung seiner Lebensqualität der Potsdamer Bürger.

# Wir wollen...

## **...dass Naturerlebnisse ab dem Kindergarten vermittelt werden!**

Wald Kitas oder Schulgärten sind für die Entwicklung des kindlichen Bewusstseins von der Natur ideal. So wird auch die Bildung einer positiven Identität mit der Potsdamer Kultur- und Naturlandschaft ermöglicht. Wir wollen, dass diese Bildungsangebote ausgebaut werden.

## **...dass bestehende innerstädtische Wald- und Grünflächen nicht weiter in Bauland umgewidmet werden!**

Der einzigartige Charakter Potsdams besteht in der Einbettung von Wohngebieten in die Naturräume. Durch ausufernde Baulandausweisungen wie am Medienpark Babelsberg, in Waldstadt oder Bornstedt, droht Potsdam diesen Charakter zu verlieren. Dagegen wollen wir vorgehen. Brachen und bestehende Baugrundstücke sollten durch eine intelligentere Bauplanung effizienter genutzt werden.

## **...dass die Lennésche Feldflur mit den anliegenden Flurstücken als schützenswerte Landschaft erhalten bleibt!**

Die Pläne zur Randbebauung der Lennéschen Feldflur lehnen wir ab. Diese einzigartige Landschaftsgestaltung muss vollständig erhalten bleiben. Auch die Bebauung von Anrainergrundstücken würde deren Charakter beschädigen.

## **...dass alle invasiven Pflanzen- und Tierarten im gesamten Stadtgebiet und auch heimische Tierarten kartografisch erfasst werden!**

Verschiedene Pflanzen, die als Zierpflanzen oder als Samen im Vogelfutter zu uns gekommen sind, haben sich mittlerweile in der freien Natur ausgebreitet. Sie sind zum Teil gesundheitsschädlich für Mensch und Tier oder überwuchern einheimische Pflanzen und zerstören deren Lebensraum. Einige Tiere leben in der Nähe des Menschen und können große Schäden auf Dachböden anrichten. Einige Arten reduzieren auch die Artenvielfalt in der Natur. Gesundheitliche Probleme entstehen durch das Verschleppen von Darmparasiten und anderen Krankheiten. In Zusammenarbeit mit dem Veterinäramt der unteren Jagdbehörde und der unteren Fischereibehörde sollen die invasiven Pflanzen- und Tierarten erfasst und der Fortschritt ihrer Ausbreitung dokumentiert werden.

## **...dass Biber in Parks und im Stadtgebiet nachhaltig vergrämt werden!**

Die Potsdamer Parks gehören zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Die in einigen Parks sichtbaren Biber Schäden müssen nachhaltig unterbunden werden, durch Umsiedlung oder Vergrämungsmaßnahmen.

## **...dass regelmäßig Bürger zu freiwilligen Reinigungsdiensten eingeladen werden!**

Das regelmäßige gemeinsame Säubern von Erholungsgebieten bringt die Potsdamer Bürger näher zusammen und schafft Gemeinschaftserlebnisse. Die Stadtverwaltung sollte mehrmals jährlich Reinigungsaktionen in Zusammenarbeit mit der STEP anbieten.

## **...dass der Sicherheitsdienst in den öffentlichen Schlossparks weitere Befugnisse erhält!**

Die Schlösser und Parks des Weltkulturerbes erfreuen sich einer steigenden Zahl nationaler wie internationaler Besucher, unter ihnen auch viele Potsdamer. Viele Personen zeigen oft keinen Respekt vor der Pflege und Instandhaltung der Parkanlagen. Pflanzen werden beschädigt, Grünflächen trotz Hinweisschildern zum Liegen und Picknicken genutzt, Liegestühle werden auf den Terrassen von Schloss Sanssouci aufgestellt. Um das Hausrecht der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten durchzusetzen, muss der Sicherheitsdienst mehr Befugnisse erhalten. Wir setzen uns ein für eine Initiative auf Landesebene, die dies gesetzlich ermöglicht.

## **...dass sämtliche Maßnahmen zum sogenannten „Klimaschutz“ gestoppt werden!**

Der sogenannte „Klimaschutz“ basiert auf der nicht hinreichend belegten Annahme, der Mensch hätte durch die Emission von Spurengasen wie CO<sub>2</sub> oder Methan einen Einfluss auf das Weltklima. Die zu deren Reduzierung angesetzten Maßnahmen auf kommunaler Ebene können nicht dem Ziel der effizienten und effektiven Verwendung von Steuermitteln entsprechen. Die Messung der Erreichung der lokal avisierten Ziele wie die Beeinflussung des Weltklimas ist unmöglich. Auch ist das Geschlecht eines Bürgers keine klimapolitisch relevante Kategorie wie im Gutachten zum „Masterplan 100% Klimaschutz“ behauptet. In Deutschland besteht Gleichberechtigung. Der Rekurs auf eine zweifelhafte UN-Studie, die einen Zusammenhang zwischen Geschlecht und dem 30-jährigem statistischen Mittel der Wetterverhältnisse herstellt, hat keine rationale Basis. Die Finanzierung erfolgt aus Steuermitteln, die anderweitig sinnvoller ausgegeben werden können.